



Ökonomische Glücksforschung im Rampenlicht IZA verleiht Preis für Arbeitsökonomie an Richard Easterlin

Dank der Pionierleistungen von *Richard A. Easterlin* (University of Southern California) hat sich die ökonomische Erforschung der Voraussetzungen für individuelle Lebenszufriedenheit als Teilbereich der Wirtschaftswissenschaften fest etabliert. Mit der Verleihung des IZA Prize in Labor Economics 2009 an Easterlin würdigt das IZA dessen fundamentale Forschungsbeiträge zum Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktteilnahme, Wohlstand und subjektiv empfundener Zufriedenheit sowie zum Einfluss demographischer Entwicklungen auf den ökonomischen Erfolg. Easterlins Arbeiten sind heute mehr denn je von großer Bedeutung und nehmen nicht zuletzt Einfluss auf die aktuelle Debatte um alternative Wohlstandsindikatoren.

schaftliches Niveau die „Economics of Happiness“ vorweisen können und welchen auch gesellschaftspolitischen Stellenwert dieses Forschungsgebiet hat. Vor dem Hintergrund der weltweit spürbaren Auswirkungen der Finanzkrise diskutierten darüber hinaus auf Einladung des IZA internationale Experten über die brisanten Folgen für die ökonomische Konstellation in den Entwicklungsländern und die Rolle der nationalen Regierungen im Krisenmanagement.

Neuerscheinungen der IZA-Prize-Buchreihe

Auf großes Interesse stieß ferner die Präsentation mehrerer in Vorbereitung befindlicher Neuerscheinungen im Rahmen der IZA Prize

Book Series, die das IZA in Kooperation mit Oxford University Press publiziert. Jeder IZA-Preisträger steuert zu dieser Schriftenreihe einen Band bei. Neben Richard Easterlins Buch, das unter dem Titel „Happiness, Growth, and the Life Cycle“ in Kürze erscheinen wird, werden Beiträge von *Orley C. Ashenfelter, Edward P. Lazear, Dale T. Mortensen/Christopher A. Pissarides, David Card/Alan B. Krueger, Richard B. Freeman* sowie *Richard Layard/Stephen Nickell* die



IZA-Preisträger Richard A. Easterlin mit IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann

Buchreihe vervollständigen. Ihr erster Band über das Lebenswerk von *Jacob Mincer* (IZA-Preisträger 2002) wurde kürzlich mit dem „Best Monograph Award“ der European Society for the History of Economic Thought ausgezeichnet.

Die festliche Preisverleihung fand am 22. Oktober in Washington und damit erstmals außerhalb Deutschlands statt. Zu Ehren des Preisträgers führte das IZA zugleich eine hochrangig besetzte Fachkonferenz durch, die eindrucksvoll belegte, welch hohes wissen-

» In dieser Ausgabe

STEUERREFORM IM IZA-SIMULATOR

Eine aktuelle IZA-Studie simuliert die Arbeitsmarkteffekte und fiskalischen Kosten einer Umsetzung der Steuerreformpläne der neuen Bundesregierung und des Bürgergelds. [Seite 5](#)

BESCHÄFTIGUNG UND UNGLEICHHEIT

Ein gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung veröffentlichter Report dokumentiert die Beschäftigungserfolge in Deutschland aufgrund stärkerer Differenzierung der Arbeitsverhältnisse. [Seite 6](#)

IZA ZU GAST IN CHINA

Im Herbst 2009 besuchte das IZA Partnerinstitutionen in China, um bestehende Kontakte zu intensivieren, aktuelle Forschungsergebnisse vorzustellen und weitere Kooperationen anzubahnen. [Seite 8](#)

GEHIRNE, GENE, ARBEITSMARKT

Ein IZA-Workshop zur Neuroökonomik präsentierte Pionierarbeiten dieses jungen Forschungszweigs, der neurowissenschaftliche und molekulargenetische Ansätze mit ökonomischen Experimenten verknüpft. [Seite 10](#)

KRISE UND ARBEITSMARKT

In Brüssel trafen auf Einladung des IZA Vertreter der europäischen Politik und Wissenschaft zusammen, um Länderunterschiede bei der Arbeitsmarktentwicklung vor dem Hintergrund der Finanzkrise zu erörtern. [Seite 11](#)

TRANSFORMATIONSÖKONOMIE

Im Rahmen einer IZA Topic Week diskutierten internationale Forscher die politische Ökonomie der Reformprozesse in Transformations- und Schwellenländern. [Seite 13](#)

„Easterlin-Paradox“: Mehr Wohlstand führt nicht zwangsläufig zu mehr Lebenszufriedenheit

Richard Easterlin wies erstmals nach, dass höherer materieller Wohlstand nicht automatisch mit steigender Lebenszufriedenheit einhergeht. Zwar sind innerhalb einer Gesellschaft Menschen mit höherem Einkommen im Durchschnitt zufriedener als Ärmere. Doch wenn durch die Teilhabe am Arbeitsleben ein bestimmtes Wohlstandsniveau erreicht ist, das grundlegende Lebensbedürfnisse sicherstellt, steigt die Zufriedenheit des Einzelnen und damit auch die Zufriedenheit einer Gesellschaft als Ganzes nicht mehr an, wenn sich ihr Wohlstand (etwa durch Wirtschaftswachstum) weiter erhöht.

Soziale Vergleiche und Veränderungen im Anspruchsdenken beeinflussen die individuelle Zufriedenheit dagegen sehr stark. Verfügt man zwar selbst über ein hohes Erwerbseinkommen, verdient aber relativ zu sozialen Vergleichsgruppen weniger, beeinträchtigt dies die eigene Zufriedenheit unmittelbar. Mit steigendem Einkommen tendieren Menschen dazu, auch ihre Ansprüche nach oben zu korrigieren, mit der Folge, dass sie trotz gestiegenen materiellen Wohlstands mit ihrer Lebenssituation nicht zufriedener sind als zuvor. Verallgemeinernd zeigen die Forschungsarbeiten Easterlins, dass Menschen in wohlhabenderen Gesellschaften insgesamt keine höhere Lebenszufriedenheit aufweisen als Einwohner ärmerer Länder, sofern auch in diesen ein Mindestlebensstandard verwirklicht ist.

Dieses scheinbar widersprüchliche Phänomen ist unter der Bezeichnung „Easterlin-Paradox“ bekannt geworden und fester Bestandteil von zahllosen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet. Die von Easterlin identifizierten Mechanismen sind beispielsweise für das Suchverhalten von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt oder für die Erwerbsbeteiligung von Frauen von erheblicher Bedeutung. Das „Easterlin-Paradox“ fasziniert bis heute Wissenschaftler unterschiedlichster Forschungsdisziplinen. Die „World Data Base of Happiness“, die wissenschaftliche



David G. Blanchflower

Arbeiten zur Glücksforschung sammelt, verzeichnet über 10.000 Studien aus der Psychologie, Medizin, Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften. Die politische Diskussion nimmt Easterlins Erkenntnisse gerade in jüngerer Zeit verstärkt zur Kenntnis. So wird beispielsweise die vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy eingesetzte Kommission zur Messung von Wohlstand und sozialem Fortschritt stark von seinen Arbeiten inspiriert.

„Easterlin-Hypothese“: Starke Geburtenjahrgänge verfügen über schlechtere Bildungs- und Arbeitsmarktchancen

Mit der „Easterlin-Hypothese“ hat der IZA-Preisträger bereits sehr früh auf wichtige Zusammenhänge zwischen Demographie und Ökonomie hingewiesen. Easterlin konnte zeigen, dass die relative Größe einer Geburtenkohorte und ihr ökonomischer Erfolg eng miteinander verknüpft sind: Ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit führt zu einem Anwachsen der durchschnittlichen Familiengröße und damit zu einem Absinken der Ressourcen, die einer Familie pro Kind zur Verfügung stehen. Hinzu kommen Verdrängungsmechanismen im Schulsystem, die eine Reduktion von Bildungsressourcen für Kinder größerer Geburtskohorten mit sich bringen, da die Kapazitäten im Bildungssystem nicht elastisch genug auf unterschiedlich große Kohorten reagieren. Beide Effekte bewirken eine durchschnittlich geringere Qualität der Ausbildung für starke Geburtenjahrgänge, die sich deshalb in der Tendenz mit schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt, geringeren Einkommen und höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert sehen. Auch diese Erkenntnisse Richard Easterlins beeinflussen die Wirtschaftswissenschaften bis heute und sind politisch unverändert aktuell.

„Easterlin ist ein großartiger Wissenschaftler, der auf ein beeindruckendes Lebenswerk zurückblicken kann. Die ökonomische Glücksforschung wäre ohne ihn gar nicht vorstellbar. Sie ist auch politisch wichtig, weil sie zeigt, dass Menschen keineswegs allein auf Wohlstandsmehrung zielen, um ihre Lebenszufriedenheit zu erhöhen. Lebensqualität bemisst sich auch in gesellschaftlicher Fairness, in guter Infrastruktur, in einem Sozialstaat, der die Starken fördert und die Schwachen stützt, der Leistung und Gegenleistung beinhaltet“, sagte IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann anlässlich der Preisverleihung. „Easterlins Forschungen sind gerade heute im Angesicht der Krise ein Fingerzeig für die Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

IZA Policy Forum

Bereits vor der Preisverleihung fand mit Blick auf die gegenwärtige Schwäche der

Weltwirtschaft ein politikorientiertes Expertenforum statt. Nach einem Impulsreferat von IZA-Programmdirektor David G. Blanchflower (Dartmouth College) waren zunächst die Folgen der Krise für Entwicklungsländer Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Jan Svejnar (University of Michigan), Tilman Brück (DIW Berlin), Carol Graham (Brookings Institution), Theresa K. Osborne (Millennium Challenge Corporation) und Sonia Plaza (World Bank) betonten, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit angesichts der Krisenfolgen an Intensität eher noch zunehmen müsse, um nicht die mühsam genug errungene Erfolge der jüngeren Vergangenheit wieder zunichte zu machen.

Rebecca M. Blank (Under Secretary for Economic Affairs, U.S. Department of Commerce) leitete zum zweiten Themenkomplex der Diskussion über und skizzierte am Beispiel der USA den eingeschränkten Handlungsspielraum nationaler Regierungen im Verlauf der Finanzkrise, betonte aber zugleich, dass die Politik die ihr verbleibenden Optionen in einer solchen Konstellation umso entschlossener nutzen müsse, selbst wenn damit das Fehlerrisiko steige. Mit David G. Blanchflower, Alan B. Krueger (Assistant Secretary for Economic Policy und Chief Economist des U.S. Treasury Department, IZA-Preisträger 2006), Lord Richard Layard (London School of Economics, IZA-Preisträger 2008) und Andrew J. Oswald (University of Warwick) war sie sich in der Diagnose einig, dass ein Ende der weltweiten Rezession keineswegs bereits sichergestellt ist und Regierungen weltweit weiterhin gefordert sind, durch aktive Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit Augenmaß zu handeln.

Konferenz zu Ehren Richard Easterlins

Die von IZA-Forschungsdirektor Marco Caliendo organisierte Konferenz zu Ehren Richard Easterlins brachte führende Wissenschaftler aus dem Bereich der ökonomischen Glücksforschung zusammen, die eine Bestandsaufnahme des in den letzten 30 Jahren gewonnenen Wissens vornahmen und neue Forschungsfragen diskutierten.



Rebecca M. Blank

Preisbegründung des IZA-Preiskomitees

Der IZA Prize in Labor Economics 2009 wird an den amerikanischen Ökonomen *Richard A. Easterlin* (University of Southern California) für seine herausragenden Arbeiten zur ökonomischen Glücksforschung und zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse demographischer Entwicklungen verliehen. In mehreren bahnbrechenden Forschungsbeiträgen hat Easterlin die Bedeutung individueller materieller Ansprüche und sozialer Vergleiche für ökonomische Entscheidungen nachgewiesen. Mit seinen Beiträgen hat er die traditionelle ökonomische Analyse um eine wesentliche Komponente erweitert und somit neue Impulse für die Forschung gesetzt, beispielsweise bei der Erklärung von Geburtenzyklen, der Analyse von Arbeitsmarktverhalten oder den Determinanten individuellen Wohlbefindens.

In zwei wegweisenden Büchern – *Population, Labor Force, and Long Swings in Economic Growth* (1968), *Birth and Fortune* (1980) – sowie anderen einflussreichen Forschungsarbeiten setzte Easterlin den Grundstein für eine neue Sicht auf die Wechselbeziehung zwischen demographischen und ökonomischen Faktoren. Der nach ihm so genannten „Easterlin-Hypothese“ zufolge sind die relative Größe einer Geburtsgruppe und ihr wirtschaftlicher Erfolg eng miteinander korreliert. Dies hat seine Begründung in den materiellen Ansprüchen, die Menschen im Laufe der Kindheit und Jugend ausbilden, wobei sie den ökonomischen Erfolg und Status ihrer Eltern als Vergleichspunkt für die eigenen zukünftigen Ansprüche nehmen. Beispielsweise bilden Mitglieder eines starken Geburtenjahrganges, die in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs aufwachsen, relativ hohe Einkommensansprüche. Die hohen Erwartungen solcher Generationen werden tendenziell aufgrund diverser Verdrängungsmechanismen enttäuscht. Beispielsweise kann der Anstieg der Geburtenrate zu einer Verringerung der Bildungsressourcen pro Kopf führen, da diese kurzfristig nicht anpassungsfähig sind. Als Folge dessen sinkt die durchschnittliche Qualität der Bildung, wodurch die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Mitglieder eines geburtenstarken Jahrganges geringer ausfallen. Dies schlägt sich in einer höheren Arbeitslosenquote und einem niedrigeren Lohnniveau wieder. Daraus resultierend fühlt sich die Kohorte relativ benachteiligt in Bezug auf ihre zuvor entwickelten Ansprüche. Um dennoch ihren Erwartungen in der Realität möglichst nahe zu sein, wird sich diese Generation höchstwahrscheinlich weniger reproduzieren, so dass der Generation eine kleinere Generation nachfolgt, die ein vergleichsweise geringeres Anspruchsniveau ausbildet.

Easterlins Forschungsergebnisse haben die ökonomische Analyse von demographischen Entwicklungen stark beflügelt. Durch die Einbeziehung anderer Disziplinen wie Psychologie, Soziologie und Demographie hat der Kohortengrößeneffekt maßgeblich zum Verständnis unterschiedlichster Phänomene beigetragen. Langfristige Schwankungen in der Geburtenrate, aber auch langfristige Zyklen auf Arbeits- und Gütermärkten, konnten mit Easterlins Erkenntnissen erklärt werden.

Richard Easterlin ist zugleich ein Pionier auf dem Gebiet der ökonomischen Analyse individuellen Wohlbefindens. In seinem 1974 erschienenen Artikel „Does Economic Growth Improve the Human Lot?“ kam er zu Resultaten, die heute als „Easterlin-Paradox“ bekannt sind. In Querschnittsstudien über die subjektive Zufriedenheit fand er heraus, dass Individuen mit höheren Einkommen tendenziell ein höheres Glücksniveau angaben. Diese starke Korrelation zwischen Einkommen und Zufriedenheit lässt sich jedoch nicht beobachten, wenn man Längsschnittsdaten über längerfri-

stige Zeithorizonte analysiert: So steigt die durchschnittliche Zufriedenheit in Ländern, die aufgrund von Wirtschaftswachstum reicher geworden sind, nicht an. Höherer materieller Wohlstand scheint also nicht zwingend mit höherer Lebenszufriedenheit einherzugehen. Im Querschnittsvergleich über mehrere Länder hinweg stellte Easterlin außerdem fest, dass die Bewohner reicherer Länder im Durchschnitt nicht glücklicher sind, sofern das Wohlstandsniveau ausreicht, um Grundbedürfnisse wie Kleidung, Nahrung und Wohnung zu decken. Easterlin zufolge liegen die Gründe für das „Glücksparadoxon“ ebenfalls in relativen Einkommensvergleichen und der Anpassung materieller Ansprüche: Für einen Einzelnen steigert ein absoluter Anstieg seines materiellen Wohlstands das individuelle Glücksniveau nur dann, wenn dieser einhergeht mit einer Verbesserung der relativen Einkommensposition in der Gesellschaft. Gleichzeitig bewirkt jedoch ein Anstieg des Einkommensniveaus eine Anpassung individueller Konsum- und Einkommensansprüche.

Easterlins Erkenntnisse haben zahlreiche Ökonomen und Sozialwissenschaftler dazu inspiriert, die Korrelation zwischen individuellem Wohlbefinden und sozio-ökonomischen Gegebenheiten wie Familienstand, Gesundheit, Beschäftigungsstatus und politische Institutionen systematisch zu analysieren. Die von ihm identifizierten Mechanismen sind unter anderem für die Erklärung des Verhaltens von Arbeitslosen bei der Jobsuche oder auch der Erwerbsbeteiligung von Frauen von großer Bedeutung. Darüber hinaus beförderten Easterlins empirische Befunde und seine Erklärungsansätze das zunehmende Interesse an verhaltensökonomischen Fragestellungen.

Richard Easterlin hat mit seinen Arbeiten darüber hinaus politische Debatten über Maßnahmen zur gesellschaftlichen Entwicklung angeheizt. Erst jüngst haben Regierungen mehrerer Länder auf seine Forschungsergebnisse zur Erfassung des sozialen Wohlstands in dem Bestreben zurückgegriffen, künftig nicht mehr allein das nationale Einkommen als Bezugsgröße heranzuziehen.

Richard Easterlin erwarb seinen Dokortitel 1953 an der University of Pennsylvania. Neben seiner Tätigkeit als Wirtschaftsprofessor an der University of Southern California ist er unter anderem Mitglied der Nationalen Wissenschaftsakademie, Distinguished Fellow der American Economic Association sowie Fellow der American Academy of Arts and Sciences und der Econometric Society. Easterlin ist ehemaliger Präsident der Population Association of America und der Economic History Association und war Mitherausgeber von *American Economic Review*, *Journal of Economic Literature*, *Journal of Economic History*, *Journal of Population Economics* sowie *Journal of Economic Behavior and Organization*.

George A. Akerlof
University of California, Berkeley; IZA

Marco Caliendo
IZA

Richard Portes
London Business School; CEPR

Jan Svejnar
University of Michigan; IZA

Klaus F. Zimmermann
IZA; Universität Bonn



Lord Richard Layard

Easterlin selbst stellte aktuelle Befunde zum Wohlbefinden in lateinamerikanischen Ländern vor, die bestätigen, dass Wohlbefinden und Wirtschaftswachstum zwar kurzfristig, jedoch nicht langfristig positiv assoziiert sind. Dies sei in Lateinamerika sowohl auf das anhaltende Streben nach Einkommenssteigerungen als auch auf Verlustängste zurückzuführen, wobei finanzielle Gewinne den Nutzen in geringerem Maße steigern, als gleichgroße Verluste ihn schmälern. Verlustängste und Einkommensbestrebungen wirken sich nicht nur auf das individuelle Wohlbefinden aus, sondern können auch das Arbeitsmarktverhalten maßgeblich beeinflussen. Diesen Schluss zog *Andrew Clark* (Paris School of Economics), der nachwies, dass Lohnminderungen infolge von allgemeinen Einkommensfällen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Arbeiter ihren Job kündigen. Ganz ähnlich wies *Alois Stutzer* (Universität Basel) darauf hin, dass Fluktuationen und ökonomische Schocks sich erheblich auf das individuelle Wohlbefinden auswirken. Dies trifft vor allem auf Personen zu, die mit höherer Wahrscheinlichkeit von Schocks getroffen werden, weil sie zum Beispiel in geringerem Maße durch soziale Sicherungssysteme geschützt sind. *Carol Graham* (Brookings Institution) präsentierte genauere Untersuchungen zur menschlichen Fähigkeit, sich an neue Umstände anzupassen, und zu den Konsequenzen auf der gesellschaftlichen Ebene. Während sich das Individuum durch seine Anpassungsfähigkeit Wohlbefinden sichern kann, können die Auswirkungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durchaus problematisch sein, wenn sie etwa die Überwindung schlechterer sozialer Normen erschweren.

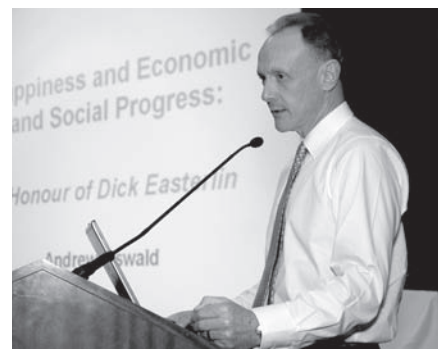
Ein zweites wiederkehrendes Konferenzthema war der Einfluss, den sozialer Vergleich und die Sorge um das relative Einkommen auf das subjektive Wohlbefinden haben. Schon Easterlins Frühwerk legt nahe, dass Einkommensvergleiche einer der Hauptfaktoren für das Glücks-Einkommens-Paradox sein können. Sobald grundlegende Bedürfnisse erfüllt sind, steigert eine Zunahme des absoluten Einkommens nicht mehr das

Wohlbefinden, sofern es nicht mit einer Verbesserung der relativen gesellschaftlichen Position einhergeht. Folglich verringert – bei gegebenem absoluten Einkommensniveau – eine größere Einkommensungleichheit innerhalb einer Gesellschaft das Wohlbefinden. *Rainer Winkelmann* (Universität Zürich) bestätigte, dass dies tatsächlich für Mittelklassehaushalte in der Schweiz zutrifft. *Ada Ferrer-i-Carbonell* (IAE Barcelona) thematisierte die Verbindung der individuellen Abneigung gegen Einkommensungleichheit und der Einstellung zu Risiken. Sie wies darauf hin, dass die Einstellung zum Risiko zumindest teilweise die Auswirkungen von Ungleichheit auf die Lebenszufriedenheit bestimmt. Anhand von Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) zeigt Ferrer-i-Carbonell, dass die Lebenszufriedenheit der Individuen mit der größten Risiko-Aversion durch eine gesteigerte Einkommensungleichheit stark gemindert wird. *Claudia Senik* (University Paris-Sorbonne) steuerte Forschungsergebnisse bei, die bestätigen, dass Unterschiede im Glücksgefühl wichtige Folgen für das menschliche Verhalten haben können: Falls Ehepaare von starken Differenzen im Wohlbefinden berichten, steigt die Wahrscheinlichkeit einer späteren Scheidung. *Robert Frank* (Cornell University) erläuterte, inwieweit soziale Vergleiche nicht nur das individuelle Wohlbefinden beeinflussen, sondern auch Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Arbeit, auf das Arbeitsangebot und die Jobwahl sowie auf die Nachfrage nach Konsumgütern haben können. Daten zum individuellen Wohlbefinden sind deshalb nicht nur von akademischem Interesse, sondern können, beispielsweise bei der Abschätzung des Zielkonflikts zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, auch als Entscheidungshilfe für Politiker dienen, wie *Rafael Di Tella* (Harvard Business School) ausführte.

Bei der Betrachtung der Entwicklungen im Forschungsfeld der Economics of Happiness über die letzten 30 Jahre hinweg zeigt sich, wie stark das Wissen um Determinanten und Konsequenzen des persönlichen Wohlbefindens seit Easterlins bahnbrechenden



Signierstunde mit Richard Easterlin



Andrew J. Oswald

dem Werk zugenommen hat. Breiter Raum für neue Forschungsansätze ist dennoch vorhanden. So wies *Justin Wolfers* (Wharton School, University of Pennsylvania) darauf hin, dass es einer größeren Menge qualitativ hochwertiger Daten bedarf, bevor eine abschließende Antwort zur Beziehung von Glücksgefühl und Einkommensungleichheit gegeben werden kann. Andere Forschungsansätze unterstreichen stärker als bislang die interdisziplinäre Natur der Glücksforschung und verknüpfen beispielsweise Daten zum subjektiven Wohlbefinden mit Maßzahlen zum physischen Wohlbefinden. In dieser Richtung untersuchte David Blanchflower Daten zu Wohlbefinden, Herzfrequenz und Blutdruck. *Mary C. Daly* (Federal Reserve Bank of San Francisco) analysierte den Zusammenhang von subjektivem Wohlbefinden und Selbstmordtendenzen, während *Erzo F.P. Luttmer* (Harvard University) die Verbindung zwischen Gesundheitsschocks und Wohlbefinden und deren Auswirkungen auf die Gestaltung des Krankenversicherungssystems betrachtete. Einen weiteren Vorschlag, wie subjektive Messungen des Wohlbefindens durch objektive Daten ergänzt und bestätigt werden können, lieferte Andrew Oswald. Mit einer Stichprobe von 1,3 Millionen US-Bürgern untersuchte er die Verteilung subjektiven Wohlbefindens in den amerikanischen Bundesstaaten und verglich sie mit objektiven Messungen zur Lebensqualität, die Variablen wie soziale und örtliche Annehmlichkeiten, Wetter, Kriminalitätsrate etc. beinhalten. Oswalds Analysen zeigen eine starke Korrelation von objektiven und subjektiven Messungen des Wohlbefindens, was auf überzeugende Weise belegt, dass subjektive Daten zu Lebenszufriedenheit oder gefühltem Glück bedeutende Maßzahlen des individuellen Wohlbefindens sind.

Wenn heute Regierungen auf der ganzen Welt bestrebt sind, neue Indikatoren für gesellschaftlichen Wohlstand zu entwerfen, die über die reine Erfassung des Inlandsprodukts hinausgehen und die Erkenntnisse der Glücksforschung berücksichtigen, so ist dies auch und vor allem das Verdienst Richard Easterlins.

Steuerreformpläne der neuen Bundesregierung und Bürgergeld

Eine Simulation von Risiken und Nebenwirkungen

Die in Aussicht gestellten Steuererleichterungen waren das beherrschende Thema der ersten Wochen nach Amtsantritt der neuen Regierung. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, dass die Einführung eines Stufentarifs „möglichst zum 01.01.2011“ beschlossen werden solle, wobei „Zahl und Verlauf der Stufen“ noch entwickelt werden müssten. Obwohl vage formuliert und mit dem Zusatz „möglichst“ versehen, hat das Versprechen der Steuererleichterungen eine breite öffentliche Debatte ausgelöst. Insbesondere die Finanzierbarkeit einer solchen großen Reform des Einkommensteuerrechts wird dabei bisweilen in Frage gestellt.

Die Simulationsergebnisse einer aktuellen IZA-Studie geben den Kritikern nun eindeutig Recht. Unterstellt man die Einführung eines dreistufigen Steuertarifs nach dem FDP-Wahlprogramm 2009 mit einem reduzierten Eingangssteuersatz von 10 Prozent bis zu 20.000 Euro Einkommen, einem Satz von 25 Prozent für Einkommen zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro und einem Spitzensteuersatz von 35 Prozent oberhalb von 50.000 Euro, sind die fiskalischen Kosten immens. Eine solche Reform würde die öffentlichen Haushalte mit mehr als 50 Mrd. Euro pro Jahr belasten – das ist mehr als das Doppelte der steuerlichen Entlastungen, die die Koalition in Aussicht gestellt hat.

Zwar würde eine solche Reform zu positiven Arbeitsangebotsanreizen führen und bis zu 600.000 neue Vollzeitjobs schaffen, doch steht die Anzahl der neuen Arbeitsplätze in keinem Verhältnis zu den Gesamtkosten der Reform. Umgerechnet ließe sich die schwarz-gelbe Regierung jeden neuen Job rund 86.000 Euro kosten. Die Reform würde den Fiskus besonders teuer zu stehen kommen, weil die Einführung des oben beschriebenen Stufentarifs nicht durch Umverteilung finanziert würde, sondern alle Einkommensgruppen besser stellt. Eine solche Reform muss zwangsläufig zu Lasten der öffentlichen Haushalte gehen. Verschärfend kommt hinzu, dass die Steuerreform höhere Einkommen, also die Hauptträger des Steueraufkommens, überproportional entlastet. Dies mag zwar angesichts der hohen Progressivität des deutschen Steuersystems ein sinnvoller Vorschlag sein, im Hinblick auf die Finanzierbarkeit einer solchen Reform ist er es jedoch nicht.

Die IZA-Simulation zeigt weiter, dass die negativen fiskalischen Wirkungen noch

verschärft würden, wenn zusätzlich zur Steuerreform ein Bürgergeld eingeführt würde. Auch dies hatte die FDP im Vorfeld der Bundestagswahlen gefordert. So sollen die bestehenden steuerfinanzierten Transferzahlungen, Arbeitslosengeld II, Sozial-

Arbeitsangebotseffekte und fiskalische Kosten

Reform	Steuer	Steuer+BG
Arbeitsangebotseffekte (Vollzeit-Äquivalente in Tsd.)		
Single-Männer	117	131
Single-Frauen	81	101
Alleinerziehende	18	24
Paarhaushalte	387	-75
Gesamt	603	181
Arbeitsangebotseffekte (Anzahl neu aufgenommener Jobs in Tsd.)		
Single-Männer	70	80
Single-Frauen	52	88
Alleinerziehend	9	33
Paarhaushalte	80	5
Gesamt	211	206
Fiskalische Kosten (in Mrd.)		
Gesamt	-51,83	-86,58
Kosten pro Vollzeit-Äquivalent (in Tsd.)		
Gesamt	85,95	478,32

Quelle: Eigene Berechnungen mit IZAΨMOD.



geld, Grundsicherung, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld, in einer einzigen Transferleistung zusammenfasst werden. Die FDP geht dabei von einem pauschalen durchschnittlichen Bürgergeldanspruch von 662 Euro für Alleinstehende ohne Kinder aus. Außerdem beabsichtigt die FDP die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Transferempfänger deutlich attraktiver zu gestalten. Konkret soll ein Freibetrag von 100 Euro gewährt werden, wobei wie im geltenden Recht das Bruttoeinkommen aus Erwerbsarbeit zu Grunde gelegt wird. Bis zu einem Bruttoarbeitseinkommen von 600 Euro blieben 40 Prozent anrechnungsfrei, darüber hinaus bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent.

De facto handelt es sich damit um einen versteckten Kombilohn, der die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in unteren Einkommensbereichen attraktiver machen soll. Die Simulationsergebnisse des IZA belegen diese Sichtweise. Unterm Strich ist der Arbeitsangebotseffekt mit 180.000 neuen Vollzeitjobs nur leicht positiv, weil insbesondere Paarhaushalte ihr Arbeitsangebot stark reduzieren würden. Dies ist vor allem auf die

Reaktion der Zweitverdiener zurückzuführen. Die Beschäftigungsanreize der reinen Bürgergeld-Reform sind für den Zweitverdiener durchweg sehr gering, da die steuerliche Entlastung und die günstigen Hinzuverdienstmöglichkeiten des Bürgergeldes eine Reduzierung der Arbeitsstunden attraktiv machen. Diese Fehlanreize erklären auch die immensen Kosten von über 86 Mrd. Euro pro Jahr, zu denen es bei gleichzeitiger Einführung von Stufentarif und Bürgergeld kommen würde.

Die Reformvorschläge gehen an den Kernproblemen des deutschen Arbeitsmarktes vorbei. Diese bestehen zum einem in falschen Erwerbsanreizen, die durch das bestehende Steuer- und Transfersystem gesetzt werden, zum anderen in den zu hohen und regressiven Sozialabgaben. Zur wirksamen Lösung dieser beiden Probleme ist erstens die Umsetzung des Workfare-Prinzips nötig, das auf dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung beruht. Erwerbsfähige Transferberechtigte sollten die ihnen zustehenden Leistungen grundsätzlich nur noch dann in vollem Umfang erhalten, wenn sie dafür im weitesten Sinne eine vollzeit-äquivalente Gegenleistung erbringen. Die Pflicht zur Gegenleistung sorgt auf effiziente Weise dafür, dass die Erwerbsanreize im Niedriglohnbereich steigen, ohne das Niveau der Grundsicherung absenken zu müssen. In einem zweiten Schritt muss die Sozialversicherung von Umverteilungsaufgaben befreit werden. Umverteilungsmaßnahmen und versicherungsfremde Leistungen sollten daher ausschließlich über Steuern finanziert werden. Eine solche Reform kann zu größeren Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen führen als eine massive Entlastung der Spitzenverdiener durch den untersuchten dreistufigen Steuertarif.

Dirk Neumann
Andreas Peichl
Hilmar Schneider
Sebastian Sieglösch

Die Steuerreformpläne der neuen Bundesregierung und das Bürgergeld:

Eine Simulation von Risiken und Nebenwirkungen

IZA Standpunkte Nr. 21, November 2009

<http://ftp.iza.org/sp21.pdf>



Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009

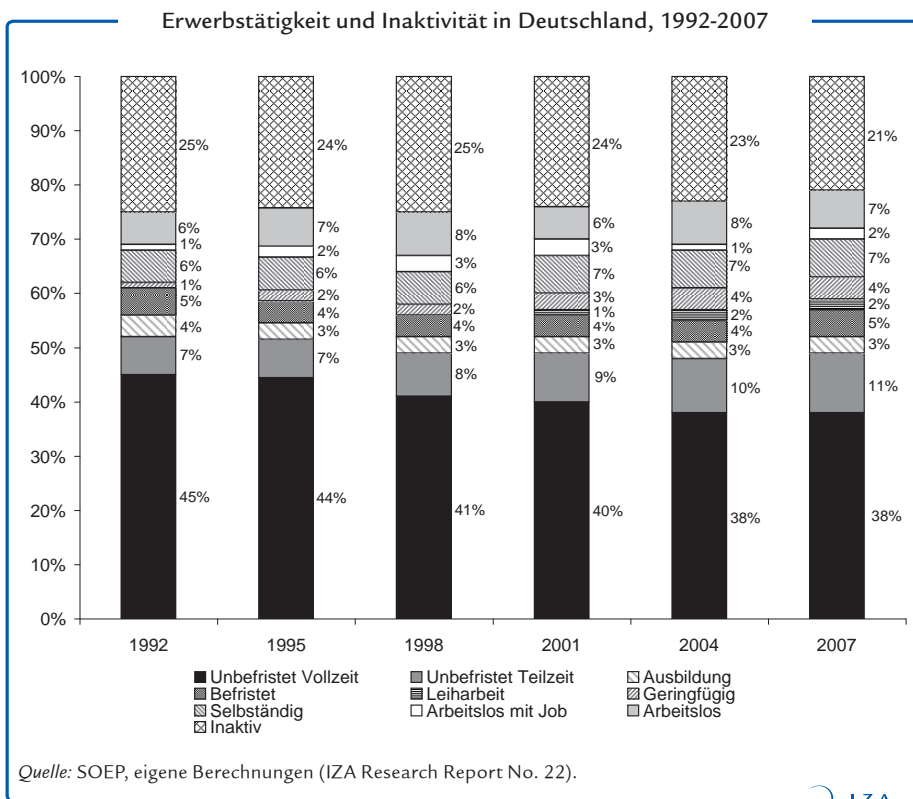
Beschäftigungserfolge bei steigender Differenzierung

Durch die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der jüngeren Vergangenheit sind wesentliche Rahmenbedingungen für den deutschen Arbeitsmarkt verändert worden. Dies umfasst in erster Linie die Aktivierung von Transferbeziehern und die weitere Öffnung flexibler Arbeitsverhältnisse. Auf der anderen Seite haben sich die tarifvertraglichen Regelungen ebenso gewandelt wie die Struktur der Wirtschaftszweige und Arbeitsverhältnisse. Nicht nur der Bereich atypischer Arbeitsverhältnisse wurde damit verstärkt entwickelt, auch unbefristete Vollzeitbeschäftigung wurde durch variable Arbeitszeiten und Entlohnungsmuster flexibilisiert. Als ersten Schritt einer umfassenden Bestandsaufnahme der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat das IZA in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung im November 2009 die Studie „Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009: Beschäftigungserfolge bei steigender Differenzierung“ als IZA Research Report Nr. 22 vorgelegt.

Heterogenere Beschäftigungsstruktur

Die drei Autoren der Studie, *Werner Eichhorst*, *Paul Marx* (beide IZA) und *Eric Thode* (Bertelsmann Stiftung und IZA Policy Fellow), halten fest, dass in Deutschland über die letzten Jahre hinweg, vor allem in der Phase von 2006 bis 2008, deutlich mehr Arbeitsverhältnisse als in früheren Aufschwungphasen entstanden sind. Die gegenwärtige Struktur der Beschäftigung zeichnet sich jedoch vor allem auch durch ihre Unterschiedlichkeit aus. Dies schlägt sich im wachsenden Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse und gering entlohnter Tätigkeiten nieder. Dies ist eine mittelbare Konsequenz eben jener politischen Rahmensetzungen, der Veränderungen in der Tariflandschaft und der strukturellen Verschiebungen zwischen den Wirtschaftszweigen. Der Arbeitsmarkt ist im Zuge der weiter fortschreitenden Flexibilisierung aufnahmefähiger geworden, allerdings auch um den Preis größerer Unsicherheit und geringerer Entlohnung für Teile der erwerbstätigen Bevölkerung.

Damit konnte das Ende der 1990er Jahre beobachtete Beschäftigungsdefizit in Deutschland zum Teil überwunden werden. Deutschland hat 2008 einen historischen Höchststand der Erwerbstätigkeit erreicht. Gleichzeitig ging die Inaktivität der Personen im erwerbsfähigen Alter zurück. Fortschritte wurden vor allem bei der



Erwerbsintegration der Frauen und der älteren Arbeitskräfte erzielt. In struktureller Hinsicht zeigt sich eine besonders dynamische Entwicklung im privaten Dienstleistungssektor. Dem stehen zunehmend schlechtere Chancen für Jugendliche beim Einstieg ins Erwerbsleben gegenüber.

Arbeitsmarkt in der Krise stabil

Die jüngste weltweite Wirtschaftskrise in Deutschland ist bis dato am Arbeitsmarkt trotz der starken Exportabhängigkeit weniger spürbar als in anderen Ländern. Weder bei der Arbeitslosigkeit noch bei der Beschäftigung hat sich bislang eine deutliche Verschlechterung ergeben. Zum einen wächst der Dienstleistungssektor nach wie vor. Zum anderen werden Kurzarbeit und betriebliche Arbeitszeitflexibilität vor allem in der exportabhängigen Industrie eingesetzt und wirken (noch) stabilisierend auf die Erwerbstätigkeit in diesen Branchen. Diese Instrumente können helfen, eine zeitlich begrenzte Krise ohne gravierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit zu überbrücken – immer vorausgesetzt, dass sich in absehbarer Zeit eine erneute Belebung der ökonomischen Aktivitäten abzeichnet. Es ist jedoch zu früh für ein generelles Urteil über die Belastbarkeit des deutschen Arbeitsmarkts. Auch der Vergleich mit anderen Ländern bietet noch keine Basis für

fundamentalere Schlussfolgerungen. Die derzeit vorliegenden Prognosen bieten für den Winter 2009/2010 und die darauf folgenden Monate eher skeptische Aussichten für den Arbeitsmarkt in Deutschland. Allerdings sprechen jüngste Daten für eine Stabilisierung der Wirtschaftstätigkeit, so dass (sehr) negative mittelfristige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weniger wahrscheinlich sein sollten.

Strukturelle Probleme dauern an

Trotz der Verbesserungen bei der Arbeitsmarktintegration und beim Beschäftigungsniveau kann nicht davon gesprochen werden, dass Deutschland seine strukturellen Probleme überwunden hat. Die Wirtschaftskrise wird manche der Probleme, die im Aufschwung bis 2008 an Deutlichkeit verloren hatten, wieder klarer hervortreten lassen:

1. die weiterhin hohe Langzeitarbeitslosigkeit und – damit zusammenhängend – das Problem nicht ausreichender oder entwerteter beruflich nutzbarer Qualifikationen, das oft eine stabile Arbeitsmarktintegration von Geringqualifizierten und Transferbeziehern verhindert,
2. die Spaltung des Arbeitsmarktes zwischen Normalarbeitsverhältnissen auf

der einen Seite und flexiblen Arbeitsformen mit teilweise geringen Aufstiegschancen auf der anderen Seite,

3. die im internationalen Vergleich nach wie vor unzureichende Erwerbsintegration von Frauen und Müttern, die aufgrund von noch nicht ausreichend ausdifferenzierten Betreuungsangeboten und Fehlanreizen im Steuersystem zum Großteil auf die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurückzuführen ist,
4. die zunehmenden Schwierigkeiten Jugendlicher, am Beginn ihres Erwerbslebens auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Die umfassende Analyse der Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich wird in den nächsten Monaten mit weiteren thematischen Studien fortgesetzt, die im Frühjahr 2010 in einen Gesamtbericht in Buchform münden werden.

IZA Young Labor Economist Award an Alexandre Mas

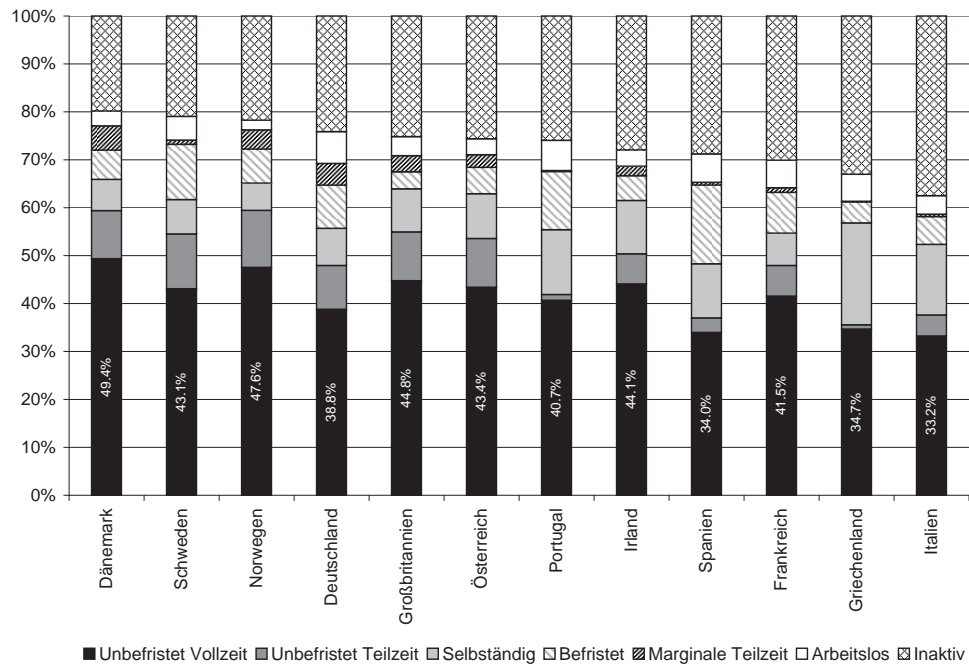
Anlässlich des Jahrestreffens der Allied Social Science Associations in Atlanta überreichte IZA-Forschungsdirektor *Marco Caliendo* am 4. Januar 2010 den IZA Young Labor Economist Award 2009 an *Alexandre Mas* (Princeton University). Mit dieser Auszeichnung würdigt das IZA Mas' bemerkenswerte Forschungsarbeit „Labour



Marco Caliendo, Alexandre Mas

Unrest and the Quality of Production: Evidence from the Construction Equipment Resale Market“ (Review of Economic Studies 2008). Alexandre Mas ist zur Zeit als Chefökonom des US-Arbeitsministeriums tätig.

Struktur der erwerbsfähigen Bevölkerung nach Erwerbsstatus im internationalen Vergleich, 2007



Quelle: European Labour Force Survey, eigene Berechnungen (IZA Research Report No. 22).

Werner Eichhorst
Paul Marx
Eric Thode

Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009

Beschäftigungserfolge bei steigender Differenzierung

IZA Research Report No. 22

November 2009

www.iza.org/files/report22.pdf



Neuer Band der „Research in Labor Economics“ analysiert Ethnizität und Arbeitsmarkterfolg

Wie wirken sich die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit und die individuelle Ausprägung ethnischer Identität auf Arbeitsmarktteilhabe und -erfolg aus? Dieser für die Arbeitsmarktprozesse moderner Gesellschaften zunehmend bedeutsamer werdenden Fragestellung geht der aktuelle Band der vom IZA mit herausgegebenen Reihe „Research in Labor Economics“ nach. Im Mittelpunkt steht die Analyse der Effekte von Einbürgerung, interethnischen Eheschließungen und ethnischem Unternehmertum auf den Arbeitsmärkten ausgewählter Zuwanderungsländer. Die von den Herausgebern *Amelie F. Constant* (DIW DC), *Konstantinos Tatsiramos* (IZA) und *Klaus F. Zimmermann* zusammengestellten Beiträge vermitteln einen profunden Überblick zu den Ausprägungen und Wirkungsmechanismen von Ethnizität.

„Research in Labor Economics“ publiziert Forschungsarbeiten zu Themen wie Beschäftigungssituation und Einkommensverteilung, Humankapital und Qualifizierung, Arbeitsmarktpolitik, Diskriminierung und Migration. Das IZA lädt als Mitherausgeber von RLE dazu ein, Arbeiten zur Veröffentlichung sowie Anregungen für Themenbände einzureichen. Nähere Informationen unter: www.iza.org/rle

Amelie F. Constant
Konstantinos Tatsiramos
Klaus F. Zimmermann
(Hrsg.)

Ethnicity and Labor Market Outcomes

Research in Labor Economics
Volume 29

Emerald Group Publishing
Limited, Bingley 2009
412 Seiten

ISBN 978-1849506335



China auf der Überholspur?

Große Chancen für Kooperationen in Wirtschaft und Wissenschaft

Das IZA unterhält seit Jahren enge Kontakte zu Forschungseinrichtungen und Arbeitsökonomien in China. Ausdruck dieser Kooperationen ist unter anderem eine Honorarprofessur von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* an der Renmin University in Peking. „China verfügt über einen ungemein dynamischen Wissenschaftsmarkt, der seinen Aufholprozess gegenüber Europa und den USA sehr schnell abgeschlossen haben wird. Das IZA begleitet die Entwicklung einer leistungsfähigen Arbeitsökonomie in China und profitiert zugleich von den entstehenden Netzwerkbeziehungen“, so Zimmermann. Die rasante Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die künftigen Arbeitsmarktstrukturen in China sind zudem ein lukrativer Forschungsgegenstand, dem sich das IZA verstärkt zuwendet. Zur Vertiefung seiner Beziehungen zu China war das IZA im Herbst 2009 für längere Zeit dort präsent.

„Ist der nächste Aufschwung grün?“ Forum der Deutschen Botschaft Peking

Die deutsche Botschaft in Peking richtete am 14. September 2009 ein Forum zum Thema „Global Green Recovery“ aus. Klaus F. Zimmermann zeigte in seinem Vortrag Wege auf, wie aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise ein möglicher „globale grüne Aufschwung“ erwachsen könnte, wenn falsche Weichenstellungen durch nationale Konjunkturpakete rasch korrigiert würden. Allerdings sei die Gefahr groß, dass angesichts der getätigten Milliardeninvestitionen nun die Mittel für Klimaschutzmaßnahmen und eine alternative Energiepolitik fehlten. In der anschließenden Diskussion wurde die große Verantwortung Chinas als mittlerweile weltweit größter Verursacher von CO²-Emissionen herausgestellt. *Han Wenxiu*, stellvertretender Vorsitzender des chinesischen Amtes der Führungsgruppe für Finanz- und Wirtschaftsfragen, forderte in diesem Zusammenhang einen verstärkten Technologietransfer in sein Land, damit sich China zu fairen Bedingungen am Emissionshandel beteiligen könne.

Vertiefung bestehender Kooperationen zum China Institute of Industrial Relations

Zum China Institute of Industrial Relations (CIIR), das mit dem chinesischen Gewerk-

schaftsbund affiliert ist, pflegt das IZA bereits seit geraumer Zeit enge Verbindungen. Neben dem Ausbau der bestehenden Partnerschaft stand die Erörterung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die wirt-



IZA-Direktor Zimmermann im Austausch mit chinesischen Experten



IZA zu Gast in Shanghai

schaftliche Entwicklung Chinas im Mittelpunkt der Gespräche des IZA mit seinen CIIR-Partnern. Anders als Deutschland und die meisten westlichen Staaten kann China aktuelle Stabilisierungsmaßnahmen aus Haushaltsüberschüssen der jüngeren Vergangenheit finanzieren und wird auch deshalb sein Wachstum besonders erfolgreich fortsetzen können.

Herausforderung Binnenwanderung: IZA-Delegation trifft Migrationsexperten des China Center for Economic Research

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches der IZA-Delegation mit *Zhao Yaohui* und *Lei Xiaoyan*, zwei Professorinnen am China Center for Economic Research der Universität Peking (CCER), standen die internen Migrationsströme in China. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise zeichnen sich diesbezüglich interessante Entwick-

lungen ab: Während zunächst Rückwanderungsströme der Wanderarbeiter in das ländliche Hinterland zu beobachten waren, haben zwischenzeitlich gegenläufige Bewegungen eingesetzt, und die Wanderarbeiter kehren in die städtischen Ballungsräume zurück.

EU-Migration als Lehrstück für China? IZA an der Beijing Normal University

Die chinesischen Gesprächspartner des IZA an der Beijing Normal University (BNU) zeigten ein starkes Interesse an den Folgen der EU-Osterweiterung für die Migrationsströme innerhalb Europas. Die Befunde der Analysen lassen sich mit gewissen Einschränkungen auch auf die Bevölkerungswanderungen innerhalb Chinas übertragen. Vereinbart wurde darüber hinaus eine weitere Intensivierung der ohnehin schon engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung und gemeinsamen Datenerhebung.

Breites Feld für Wissensaustausch: Kooperation mit Tsinghua University

Auch der Tsinghua University in Peking stattete die IZA-Delegation einen Besuch ab und traf dort mit dem jungen Kollegium der ökonomischen Fakultät zu Gesprächen zusammen.

Im Zentrum der Diskussion standen neben den Perspektiven eines deutsch-chinesischen Forschungsnetzwerks für Arbeitsmarktfragen einmal mehr die Parallelen und Unterschiede im Umgang beider Länder mit den Folgen der Finanzkrise. Ferner wurde ein gemeinsames Interesse an der Analyse der aktuellen Migrationsbewegungen in China deutlich.

Dateninfrastruktur Chinas: IZA trifft Experten des National Bureau of Statistics China

Das Gespräch der IZA-Delegation mit zwei hochrangigen Vertretern des National Bureau of Statistics China hatte die aktuelle Situation der Dateninfrastruktur im Land und die daraus ableitbaren Perspektiven für die internationale Arbeitsmarktforschung zum Thema. Diskutiert wurden vor allem die Voraussetzungen und Rahmenbedin-

gungen des Datenzugangs. Das IZA schilderte eingehend die Anforderungen der Arbeitsmarktforschung an die Datenproduzenten. Seitens der chinesischen Gesprächspartner wurde in diesem Zusammenhang unter anderem ein aktueller Datensatz vorgestellt, der im Grundsatz mit dem am DIW Berlin beheimateten Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) vergleichbar erscheint. Beide Seiten bekundeten ihr großes Interesse an einer künftigen verstärkten Zusammenarbeit.

CIER/IZA Workshop an der Renmin University of China



Teilnehmer des CIER/IZA Workshops

Erstmals wurde in diesem Jahr ein gemeinsamer Workshop des IZA und der Renmin University of China ausgerichtet. Nach einer Begrüßung der Teilnehmer durch *Xiangquan Zeng*, Direktor des China Institute for Employment Research (CIER), und IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann wurde in einem politikorientierten Teil der Veranstaltung zunächst die Entwicklung der Arbeitsmärkte in China und Deutschland diskutiert. Ein hochrangiger Vertreter des chinesischen Ministeriums für Humankapital und soziale Sicherheit, *Faming Yu*, erweiterte die Diskussion um die Sichtweise der chinesischen Regierung.

Im weiteren Verlauf der Tagung stellten Arbeitsmarktforscher verschiedener Universitäten Pekings und des IZA-Netzwerks aktuelle Forschungsergebnisse vor. Zu den Vortragenden zählten der für Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern zuständige IZA-Programmdirektor *Hartmut Lehmann* (University of Bologna) sowie *Amelie F. Constant* (DIW DC und George Washington University), die als stellvertretende Programmdirektorin den IZA-Forschungsbereich Migration repräsentierte. Unter anderem wurden erste Auswertungen eines mit Unterstützung des IZA erhobenen Datensatzes zu den Wanderungsbewegungen innerhalb Chinas erörtert. Die weiteren Potenziale dieses Datensatzes für die empirische Wirtschaftsforschung wurden schnell deutlich – mit Ergebnissen, deren Implikationen sich nicht nur auf China beschränken.

IZA zu Gast an der Shanghai University of Finance & Economics

Die chinesische Finanzmetropole Shanghai verfügt zugleich über bedeutende Universitäten. An der renommierten Shanghai School of Finance & Economics und der ihr angeschlossenen School of Economics stellte IZA-Direktor Zimmermann die aktuellen Forschungsergebnisse des Instituts zur innereuropäischen Migration nach der EU-Osterweiterung zur Diskussion. Gegenstand des Gedankenaustauschs mit hochrangigen Vertretern der Universität waren aber ebenso künftige Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit.



Zimmermann im Gespräch mit Nobelpreisträger Robert Mundell

Intensive Kooperation zwischen IZA und Xiamen University

Die Xiamen University kooperiert bereits eng mit dem IZA. Unter anderem wird das wöchentliche Forschungsseminar vom IZA regelmäßig nach Xiamen übertragen und gestattet somit den dort teilnehmenden Arbeitsökonominnen die un-

mittelbare Teilnahme an der fachlichen Diskussion. Angesichts der Absicht, die empirische Arbeitsmarktforschung an der Xiamen University weiter auszubauen, ergeben sich für die Zukunft weitere Möglichkeiten der Kooperation, die die IZA-Delegation vor Ort in Gesprächen mit Fakultätsvertretern intensiv diskutieren konnte. Anlass des Gedankenaustauschs war eine Einladung der Xiamen University an IZA-Direktor Zimmermann zu einem Seminar über die IZA-Forschungsergebnisse zu den Wanderungsfolgen der EU-Osterweiterung.

Arbeitsmarktforschung made in Germany: IZA an der Chinese University of Hong Kong

Zum Abschluss ihrer Reise hielt sich die IZA-Delegation zur Präsentation aktueller Forschungsergebnisse und -methoden, aber auch zu Gesprächen über mögliche Kooperationen, an der Chinese University Hong Kong auf. Klaus F. Zimmermann stieß mit seiner Analyse von Zielen, Stärken und Schwächen der gegenwärtigen deutschen Arbeitsmarktpolitik auf starkes Interesse. Die Antworten Deutschlands auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren wirtschaftswissenschaftliche Bewertung waren Thema breiter Diskussion. Mit Nobelpreisträger *Robert A. Mundell* (Columbia University), der zeitgleich die Universität besuchte, setzte Zimmermann den Diskurs zu den Lehren aus der Finanzkrise fort und nutzte die Gelegenheit, dem kanadischen Ökonomen ein druckfrisches Exemplar des neuen IZA-Buches „EU Labor Markets after Post-Enlargement Migration“ zu überreichen.

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann zog ein sehr positives Fazit seiner China-Reise: „Das IZA wird künftig stärker denn je in Richtung China blicken. Hier findet die Arbeitsökonomie ein breites Betätigungsfeld hinsichtlich Datenerhebung und empirischer Forschung sowie hervorragende Partnerinstitutionen vor.“

Gehirne, Gene, Arbeitsmarkt

IZA-Workshop zum neuen Forschungszweig der Neuroökonomik

Wie lässt sich der starke Zusammenhang zwischen dem Arbeitsmarkterfolg von Eltern und dem ihrer Kinder erklären? Welche Rolle spielen hierbei genetische Faktoren, und welchen Einfluss nimmt das elterliche und soziale Umfeld? Inwiefern können molekulargenetische und neurowissenschaftliche Ansätze zur Erklärung individueller Unterschiede bei Risikoneigung, Vertrauensbereitschaft oder sozialen Präferenzen und somit zu einem besseren Verständnis ökonomischen Verhaltens beitragen? Dies waren die zentralen Fragen eines zweitägigen Workshops unter dem Titel „Genes, Brains, and the Labor Market“, den das IZA am 6. und 7. November 2009 in Kooperation mit der Volkswagen-Stiftung ausrichtete.



Die Neuroökonomik ist ein junger Forschungszweig, der neurowissenschaftliche Methoden der Computertomographie und molekulargenetische Analysen mit ökonomischen Experimenten verbindet. Aufgrund seines großen Potenzials für eine bessere Analyse menschlichen Entscheidungsverhaltens gewinnt dieser interdisziplinäre Ansatz zunehmend an Bedeutung.

Ein Schwerpunkt des von IZA-Programmdirektor *Armin Falk* (Universität Bonn), IZA-Wissenschaftler *Steffen Altmann* sowie *Paul Heidhues* und *Martin Reuter* (beide Universität Bonn) organisierten Workshops befasste sich mit den neuronalen Grundlagen der Einhaltung sozialer Normen. Diese können durch die Messung von Hirnaktivitäten analysiert werden, während ein Proband im Gehirn-Scanner Entscheidungen trifft. So zeigte *Peter Kirsch* (Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim), dass die Hirnaktivität der Probanden mit der tatsächlichen Einhaltung sozialer Normen zusammenhängt, beispielsweise im Falle der „Bestrafung“ anderer Teilnehmer für die Verletzung von Fairnessnormen. *Arno Riedl* (Universität Maastricht) fand heraus, dass positive und negative Abweichungen vom erwarteten Verhalten anderer Personen unterschiedlich starke Reaktionen im Gehirn verursachen. Dies könnte erklären, weshalb Bestrafungen unfairen Verhaltens üblicherweise stärker ausfallen als Belohnungen besonders fairen Verhaltens.

Der zweite Teil der Tagung widmete sich den molekulargenetischen Grundlagen menschlichen Verhaltens. *Jonathan Beauchamp* (Harvard University) und *Dan Benjamin* (Cornell University) berichteten von umfassenden Studien, die genetische Faktoren für Bildungserfolge untersuchen. Weitere Forscherteams beschäftigten sich mit genetischen Variationen des „Oxytocin-Rezeptor-Gens“ und deren Einfluss auf Entschei-

lungen in interaktiven Situationen. Schon seit einigen Jahren vermuten Wissenschaftler, dass Oxytocin – ein Peptidhormon, das unter anderem soziales Bindungsverhalten zwischen Müttern und Kindern beeinflusst – auch das Verhalten in ökonomisch relevanten Entscheidungsumgebungen beeinflussen kann. Durch die Kombination moderner Methoden der Molekulargenetik mit ökonomischen Experimenten ist es heute möglich, diejenigen Genvarianten zu identifizieren, die für Unterschiede im Verhalten mitverantwortlich sind. So berichtete *Martin Reuter* (Universität Bonn), dass eine Gruppe von Teilnehmern mit einer bestimmten Gen-Ausprägung im Vergleich zu den übrigen Probanden seiner Studie ein um 50 Prozent erhöhtes Vertrauen in einen anonymen Interaktionspartner zeigte.

Salomon Israel (Hebrew University) erläuterte darüber hinaus, wie Varianten des Gens sich auf die Kooperations- und Spendenbereitschaft von Probanden auswirken. Die Bedeutung dieser Ergebnisse für eine effektive Zusammenarbeit am Arbeitsplatz unterstrich eine Studie von *Armin Falk*. Mittels mehrerer Verhaltensexperimente und Methoden der Gehirntomographie studierte er, wie stark Probanden auf empfundenes Misstrauen seitens eines Vorgesetzten reagieren: Teilnehmer, die sich nicht vertrauensvoll behandelt fühlten, wiesen eine deutlich niedrigere Leistungsbereitschaft auf als solche, die von ihrem Vorgesetzten

vertrauensvoll behandelt und nicht in ihren Entscheidungen einschränkt wurden.

Auch wenn nicht alle präsentierten Forschungsarbeiten derart unmittelbare Implikationen für den wirtschaftlichen Alltag haben, so legen sie dennoch nahe, dass die Ergebnisse neuroökonomischer Forschung die Wirtschaftswissenschaften, insbesondere auch die Arbeitsmarktforschung, in den kommenden Jahren nachhaltig prägen werden. In einem weiteren Anwendungsbeispiel wies *David Cesarini* (MIT) nach, dass Risikoneigung und Anlageverhalten in der Altersvorsorge stark durch biologische Faktoren beeinflusst werden. Auf der Basis von Verhaltensdaten ein- und zweieiiger Zwillinge in Schweden fand er heraus, dass sich eine größere genetische Ähnlichkeit auch in geringeren Unterschieden bei Risikopräferenzen und der Wahl von vergleichbaren Anlageportfolios niederschlägt. *Steven Lehrer* (Queens University) untersuchte den Einfluss genetischer Vorbedingung und individueller Impulsivität auf die Suchtneigung kanadischer Jugendlicher. Seinen Ergebnissen zufolge ist der Grad an Impulsivität in jungen Jahren mitentscheidend dafür, ob ein Jugendlicher später nikotinabhängig wird. Diese Ergebnisse illustrieren auch die Komplexität des Zusammenwirkens genetischer Merkmale, individueller Präferenzen und sozialer Umgebung.

„Wir sind dabei, ein neues ökonomisches Menschenbild zu entwickeln“, fasst *Armin Falk* den Anspruch neuroökonomischer Forschung zusammen. Der IZA-Workshop bot eine umfassende Leistungsschau der Pionierarbeiten auf diesem Gebiet, das durch ein empirisch fundiertes Menschenbild nicht nur wirtschaftliche Entscheidungen besser zu verstehen hilft, sondern auch dazu beitragen kann, institutionelle Rahmenbedingungen den unterschiedlichen Ausprägungen menschlicher Präferenzen und Verhaltensweisen anzupassen.

Eine Übersicht der vorgestellten Arbeiten ist online abrufbar:

► www.iza.org/link/genes-brains

Wirtschaftskrise und Arbeitsmarkt

Zweites IZA Employment Seminar in Brüssel

Am 12. und 13. November 2009 fand das zweite IZA Employment Seminar in Brüssel statt. Mit dieser Veranstaltungsreihe möchte das IZA den Austausch zwischen Arbeitsökonomie und Politik auf EU-Ebene fördern. Im Mittelpunkt des erneut von *Werner Eichhorst* (stellvertretender Direktor Arbeitsmarktpolitik des IZA) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* organisierten Seminars standen in diesem Jahr die unterschiedlichen Reaktionen nationaler Politik auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie Länderunterschiede bei der Arbeitsmarktentwicklung. Zu den rund 50 Teilnehmern zählten auch zahlreiche Vertreter der politischen Praxis aus den EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und weiteren internationalen Organisationen wie OECD und ILO, von denen viele zugleich dem internationalen Policy-Fellow-Netzwerk des IZA angehören.

Während die Arbeitslosigkeit in fast allen Staaten Europas seit Mitte 2008 gestiegen ist, unterscheidet sich das Ausmaß dieser Entwicklung zum Teil sehr stark und steht offenkundig in keinem direkten Zusammenhang zu den jeweiligen Wirtschaftswachstumsraten. Um die Ursachen für diese Länderunterschiede zu ergründen, bedarf es einer fundierten Analyse der branchenspezifischen Beschäftigungstrends, der Zielsetzung und Struktur der unterschiedlichen Konjunkturpakete sowie der Rolle automatischer Stabilisatoren. Auch Arbeitsmarktinstitutionen wie Lohn- und Arbeitszeitflexibilität, Kündigungsschutz, Zeitarbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik variieren innerhalb der EU oft erheblich.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurden vergleichende Analysen der Entwicklung auf den nationalen Arbeitsmärkten im bisherigen Verlauf der Wirtschaftskrise vorgestellt. *Werner Eichhorst* (IZA) und *Steven Tobin* (International Institute for Labour Studies, ILO) lieferten einen allgemeinen Überblick über die Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Schocks, konjunkturellen Maßnahmen, Arbeitsmarktinstitutionen und politischen Kriseninterventionen. *Alfonso Arpaia* (Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen) stellte eine aktuelle Studie zur Arbeitsmarktentwicklung in den EU-Mitgliedsstaaten vor. *David Bell* (University of Stirling) wies auf die besondere Situation in Großbritannien, Irland und den USA hin. *Pierre Cahuc* (Ecole Polytech-

nique) verglich die Lage in Frankreich und Spanien im Hinblick auf Unterschiede bei Kündigungsschutz und befristeter Beschäftigung. Die Rolle von flexiblen Arbeitszeiten und externer Flexibilität beleuchtete *Tito Boeri* (Bocconi University) am Beispiel des italienischen Arbeitsmarkts.

Der zweite Teil des Seminars war detaillierten Analysen ausgewählter europäischer Staaten gewidmet. *Mihail Hazans* (University of Latvia) und *Belá Galgoczi* (European Trade Union Institute) diskutierten den kritischen Zustand der Arbeitsmärkte vor allem in den baltischen Staaten und in Ungarn, aber auch in anderen Beitrittsländern, die unter verschärften Kreditaufnahmebedingungen leiden. *Per Kongshøj Madsen* (University of Aalborg) hingegen berichtete, dass sich das dänische Flexicurity-System

der des EU-Beschäftigungsausschusses), *Andrew Watt* (European Trade Union Institute) und *Thérèse de Liedekerke* (Business Europe) strukturelle Reformoptionen auf, die nachhaltiger wirken als die oft auf kurzfristigen Erfolg angelegten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der EU-Staaten.

Unter den Experten bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass flexiblere Arbeitszeiten ebenso wie die staatlich geförderte Kurzarbeit nach deutschem Vorbild maßgeblich zur Entschärfung der Krisenwirkungen beigetragen haben. Zugleich wurde vielfach darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zur Erhaltung bestehender Arbeitsplätze nur bedingt sinnvoll sind – vor allem in Branchen, die in naher Zukunft umso stärker unter dem Strukturwandel leiden werden. Gerade die Exportindustrie gerät in der Krise besonders unter Druck, wie die aktuellen Arbeitslosenzahlen zeigen.



Bruno Coquet, Thérèse de Liedekerke, Werner Eichhorst, Andrew Watt

bislang als weitgehend krisenresistent erwiesen hat. Die ebenfalls relativ stabile Arbeitsmarktsituation in Deutschland, Portugal und Italien erklärten *Eric Thode* (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh), *Francisco Madelino* (Institute of Employment and Vocational Training, Lissabon) und *Paolo Sestito* (Italienische Zentralbank, Rom) unter anderem mit Arbeitszeitpuffern, die für einen Großteil der Erwerbsbevölkerung zur Anwendung gelangten. Die dadurch gewonnene Stabilität gehe jedoch auf Kosten eines gebremsten Strukturwandels. Ob sich kleinere Staaten wie Niederlande, Schweiz und Schweden aufgrund ihrer eher korporatistisch geprägten Politik durch besonders effizientes Krisenmanagement auszeichnen, diskutierten *Anton Hemerijck* (VU University Amsterdam), *Bernhard Weber* (Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern) und *Fredrik Jansson Dahlén* (Swedish Public Employment Service, Stockholm).

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zeigten *Bill Wells* (UK Department for Business, Innovation & Skills), *Bruno Coquet* (Vorsitzen-

der Seminarernehmer wiesen darüber hinaus auf die ungleiche Risikoverteilung unter den einzelnen Arbeitsmarktgruppen hin. In den meisten europäischen Staaten sind junge, geringqualifizierte Arbeitnehmer und solche in atypischen Beschäftigungsverhältnissen einem überproportional hohen Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt. Einige Regierungen haben darauf reagiert, indem sie den Kündigungsschutz auf besonders betroffene Gruppen ausgeweitet und die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik verstärkt haben. Dazu zählen Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ebenso wie Arbeitgebersubventionen zur Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zur Förderung der Arbeitsmarktmobilität muss jedoch gerade auf dem Gebiet der Aktivierung und Qualifizierung noch mehr getan werden. Um angesichts des bevorstehenden Strukturwandels einen weiteren Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, sollte die Schaffung neuer Arbeitsplätze gezielt unterstützt und durch Weiterbildungs- und Mobilitätsmaßnahmen flankiert werden, damit den dynamisch wachsenden Branchen ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Da die Krise und ihre Arbeitsmarkteffekte ebenso wie die politischen Reaktionen permanenten Veränderungen unterworfen sind, wird das IZA eine kontinuierliche Neubewertung der gewonnenen Erkenntnisse vornehmen.

Evaluation von Arbeitsmarktpolitik gewinnt weiter an Bedeutung

Fünfte IZA-Fachkonferenz in Washington

Am 2. und 3. Oktober 2009 fand an der Georgetown University in Washington, D.C. die fünfte IZA-Fachkonferenz zur Evaluation von Arbeitsmarktpolitik statt. Die Organisatoren waren IZA-Programmdirektor *Gerard van den Berg* (Universität Mannheim), IZA-Forschungsdirektor *Marco Caliendo* sowie *James Albrecht* und *Susan Vroman* (beide Georgetown University). Die Konferenz bot führenden Evaluationsforschern aus den USA und Europa die Möglichkeit zur Erörterung ihrer theoretischen und empirischen Erkenntnisse.

Jeffrey Smith (University of Michigan) eröffnete die Konferenz mit seiner Präsentation zum Thema „Regression Discontinuity Design“. Unter Verwendung eines innovativen Datensatzes zeigte er, dass nicht-experimentelle Schätzmethoden durchaus dazu geeignet sein können, experimentelle Ergebnisse zu reproduzieren. *Jose Galdo* (Carleton University) wendete ein neuartiges Matching-Verfahren an, bei dem regional und zeitlich invariante Effekte beseitigt werden, bevor das eigentliche Matching aufgrund individueller Charakteristika erfolgt. Er zeigte ebenfalls empirisch, dass seine Methode mit der Qualität experimenteller Ergebnisse konkurrieren kann. Auch die Arbeiten von *Salvador Navarro* (University of Wisconsin-Madison) und *David Millimet* (Southern Methodist University) beschäftigten sich mit methodischen Ansätzen. Navarro entwickelte ein Modell, das eine dynamische Selektion in die jeweiligen Maßnahmen erlaubt. Empirisch verdeutlichte er, dass solche dynamischen Selektionseffekte tatsächlich vorliegen und geschätzte Maßnahmeneffekte beeinflussen. Millimet schlägt zwei Verfahren zur Identifikation von Maßnahmeneffekten bei Abwesenheit von Ausschlussrestriktionen vor, d.h. wenn keine Variablen vorhanden sind, die zwar die Maßnahmenteilnahme, nicht aber den Arbeitsmarkterfolg beeinflussen. *Jeffrey Grogger* (University of Chicago) erörterte das Problem fehlender Informationen in administrativen Datensätzen auf US-Bundesstaatenebene, was beispielsweise durch Umzüge bedingt ist. Den systematischen Verlust von Informationen nutzte er dazu, Ober- und Untergrenzen für Maßnahmeneffekte zu definieren. Zudem zeigte er wichtige Implikationen für zukünftige Sozialexperimente auf.

In der diesjährigen Keynote Lecture mit dem Titel „A General Theory of Matching Estimation“ referierte *Alberto Abadie* (Harvard University) über die asymptotische Verteilung von Matching-Schätzern. Seine neue

Herangehensweise schließt eine wichtige Forschungslücke und schafft die Grundlage für die Entwicklung neuer Schätzmethoden.

Theoretische Überlegungen zum individuellen Suchverhalten waren Gegenstand zweier weiterer Präsentationen. So entwickelte *Ronald Wolthoff* (University of Chicago) ein Modell zum Such- bzw. Einstellungsverhalten von Individuen und Unternehmen. Durch die explizite Einbeziehung von Interaktionen zwischen den Wirtschaftssubjekten leistet das Modell einen wichtigen Beitrag zur Analyse von Arbeitsmarktfriktionen. *Luca Flabbi* (Georgetown University) beschäftigte sich mit Präferenzstrukturen von Frauen hinsichtlich beruflicher Flexibilität und deren Einfluss auf den Arbeitsmarkterfolg. Mittels eines Suchmodells, in dem Beschäftigung durch Löhne und den Flexibilitätsgrad definiert ist, konnte er zeigen, dass Frauen Nutzen aus Flexibilität am Arbeitsplatz ziehen. Maßnahmen zur Reduzierung der Flexibilitätskosten von Unternehmen können daher einen Beitrag zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Einkommensungleichheit leisten.

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurden verschiedene angewandte Studien zur Auswertung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vorgestellt. *Katherine Terrell* † (University of Michigan) analysierte die Einführung eines Mindestlohns in Brasilien. Ihre Ergebnisse zeigen, dass diese politische Intervention zumindest bei männlichen Beschäftigten zu steigenden Löhnen führte. Allerdings ließ sich zugleich eine erhöhte Übergangswahrscheinlichkeit von abhängiger Beschäftigung zu Schwarzarbeit oder in die Selbstständigkeit beobachten. *Tanika Chakraborty*

(DIW Berlin) zeigte anhand eines natürlichen Experiments in Indien, dass der obligatorische Englischunterricht in der Schule den späteren Arbeitsmarkterfolg positiv beeinflusst. Mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt analysierte *Arne Uhlendorff* (Universität Mannheim) die Auswirkungen von geringfügiger Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit. Seine Untersuchungen ergaben keinen Hinweis darauf, dass geringfügige Beschäftigung den Übergang aus Arbeitslosigkeit in reguläre Beschäftigung zum Beispiel durch erhöhte Reservationslöhne, Signaling- oder Netzwerkeffekte beeinflusst. *Aderonke Osikominu* (Universität Freiburg) verglich die unterschiedlichen Auswirkungen kurzfristiger Trainingsmaßnahmen mit eher langfristigen Weiterbildungsprogrammen. Nach ihrem Befund führen kurzfristige Maßnahmen insbesondere dann zu positiven Arbeitsmarkteffekten, wenn sie unmittelbar nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit beginnen.

Francois Fontaine (University of Strasbourg) lieferte verschiedene Erklärungen für die Nicht-Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld. Empirisch konnte er belegen, dass hohe administrative Anforderungen die größte Hürde für Antragssteller darstellen. Marco Caliendo präsentierte einen innovativen Ansatz zur Untersuchung von Antizipationseffekten aktiver Arbeitsmarktpolitik. Der IZA-Evaluationsdatensatz erlaubt einen unmittelbaren Vergleich der subjektiven Teilnahmewahrscheinlichkeit von Arbeitslosen mit der Ausprägung und Intensität ihres individuellen Suchverhaltens. Der Analyse zufolge senken Individuen in Erwartung einer Maßnahmenteilnahme ihren Reservationslohn, während sie gleichzeitig ihre



Suchintensität erhöhen. *Francis Vella* (Georgetown University) untersuchte, inwiefern das Bildungsniveau im Generationenvergleich korreliert. Während sich bisherige Studien meist auf Ergebnisse für Zwillinge oder Adoptivkinder stützten, wertet Vella diesen Zusammenhang erstmals unter Verwendung eines repräsentativen Datensatzes

aus. Demnach ist die „Vererbung“ des Bildungsniveaus auf einen kausalen elterlichen Effekt sowie den Transfer nicht beobachtbarer Fähigkeiten zurückzuführen.

Der Erfolg der Konferenz beruhte auf einer ausgewogenen Mischung aus methodischen und empirischen Arbeiten auf hohem wis-

senschaftlichem Niveau. Alle präsentierten Studien hält die IZA-Homepage zum Download bereit. Die Folgeveranstaltung wird das IZA am 1. und 2. Oktober 2010 in Kooperation mit dem IFAU-Institut in Uppsala ausrichten.

► www.iza.org/link/SPEAC2009

Politische Ökonomie von Arbeitsmarktreformen

IZA Topic Week zur Situation in Transformations- und Schwellenländern

Mit Unterstützung der VolkswagenStiftung fand vom 7. bis 10. Oktober 2009 in Bonn eine IZA Topic Week zur politischen Ökonomie der Arbeitsmarktreformen in Transformations- und Schwellenländern statt. Im Rahmen des Veranstaltungskanons wurden insbesondere die Themen Privatisierung, Arbeitsmarktentwicklung und Humankapitalbildung, die Interdependenz von Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitseffizienz sowie die Besonderheiten informeller Beschäftigung analysiert. Unter Federführung von IZA-Programmdirektor *Hartmut Lehmann* (University of Bologna) waren auch *Alexander Muravjev* (IZA) und *Riccardo Rovelli* (University of Bologna) in die Planung und Organisation der Themenwoche eingebunden.

Jan Svejnar (University of Michigan) fasste Belege zu den Effekten von Privatisierung und Eigentümerschaft auf Arbeitsproduktivität, Beschäftigung, Löhne und Lohnrückstände zusammen, wobei er Fallbeispiele aus Mittel- und Osteuropa (MOE), der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und China diskutierte. Bezüglich der Arbeitsproduktivität zeigten die vorgestellten Ergebnisse für Privatisierungen positive oder nicht signifikante Effekte in MOE und der GUS und nicht signifikante Effekte in China. Das überraschendste Ergebnis der Beschäftigungsstudien ist das bessere Abschneiden von Privatfirmen. Im Gegensatz zu den Vorhersagen vieler theoretischer Modelle und zu den Folgen in einigen Entwicklungsländern waren Privatisierungen in MOE, GUS und China nicht mit einem Beschäftigungsrückgang verbunden. Andererseits bietet ein zusätzliches Ausbildungsjahr dieselben Erträge unabhängig von der Eigentümerschaft, obwohl Privatfirmen eine universitäre Ausbildung höher entlohnen als staatseigene Betriebe. Dieser anregende Vortrag Svejnar leitete zu zwei Studien über, die sich direkt mit Privatisierungen befassten.

Eine von *Álmos Telegdy* (Central European University) vorgestellte Arbeit analysiert die politische Motivation bei der Entschei-

dung für Firmenprivatisierungen. Mit Hilfe von Daten zum Privatisierungsprozess in Rumänien, von dem einige Unternehmen gezielt ausgeschlossen wurden, simulieren die Autoren die Auswirkungen von Privatisierungsmaßnahmen auf solche Firmen. Die rumänische Politik erwartete demnach von einer Privatisierung primär einen Beschäftigungsanstieg in der Gruppe privatisierter Firmen und eine Abnahme in der Gruppe der nicht zur Privatisierung zugelassenen Unternehmen, während Überlegungen zu Lohn- und Effizienzsteigerung eine untergeordnete Rolle spielten, da sich hier die zu erwartenden Effekte auf die beiden Firmentypen kaum unterscheiden.

Irina Denisova (CEFIR, New Economic School, Moscow) untersuchte die Beziehung zwischen individuellen vermarktbareren Fähigkeiten in verschiedenen institutionellen Umgebungen und der Unterstützung für eine Revision von Privatisierungen, wobei der Life in Transition-Datensatz für 28 Transformationsländer im Jahre 2006 Verwendung fand. Indem Fähigkeiten und Institutionen ins Verhältnis gesetzt werden, lässt sich feststellen, ob Demokratie und gute Regierungsführung komplementär zu marktrelevanten Fähigkeiten sind oder diese substituieren. Mit zunehmender Demokratie und besserer Regierungsführung nehmen den Untersuchungen zufolge die Unterschiede zwischen dem Maß an Unterstützung für die Revision von Privatisierungen durch Individuen mit hohen und niedrigen marktrelevanten Fähigkeiten zu. Dies legt nahe, dass sich Demokratie und gute Regierungsführung komplementär zu marktrelevanten Fähigkeiten verhalten. In demokratischen und gut regierten Ländern unterstützen Individuen mit ausgeprägten marktrelevanten Fähigkeiten eine Revision durchgeführter Privatisierungen in deutlich geringerem Maße als Personen mit geringeren vermarktbareren Fähigkeiten.

Riccardo Rovelli ging der Frage nach, wie die postkommunistischen Transformationen die Wahrnehmungen im Hinblick auf das wirtschaftliche und politische System

beeinflusst haben. Zu diesem Zweck wurde eine ökonometrische Analyse von etwa 60.000 Interviews aus 14 europäischen postkommunistischen Ländern zwischen 1991 und 2004 durchgeführt. Im Kontext einer wachsenden Wirtschaft werden demnach weitergehende Reformen begrüßt. Andererseits gewinnt Nostalgie für das vergangene Regime an Boden, wenn sich eine Verschlechterung der Einkommensverteilung und höhere Inflation zusammen mit einer zunehmenden Rate wirtschaftlicher Privatisierungen zeigen. Zugleich bestätigt die Studie, dass vor allem Besserverdiener in Transformationsländern weitergehende Reformen verlangen, während Niedrigverdiener eher zu denen gehören, die sie ablehnen und deren nostalgische Neigungen zunehmen, wenn sich das Einkommensgleichgewicht verschlechtert. Alles in allem deuten diese Überlegungen auf die Wichtigkeit von gut geplanten und umfassenden Reformpaketen auf dem Weg in eine Marktwirtschaft hin.

Werner Eichhorst (IZA) referierte über die Rolle von Arbeitsmarktinstitutionen in Bezug auf die Arbeitsmarktleistung und verwies dabei unter anderem auf die Weiterentwicklung der empirischen Methoden wie auch die Beschränkungen der Analyse aggregierter Daten. Ein zweites Thema des Vortrags war die Arbeit von OECD und unabhängigen Wissenschaftlern, die sich mit der Bildung institutioneller Indizes befasst, die über Zeit und Ländergrenzen konsistent sind.

Hartmut Lehmann und *Alexander Muravjev* präsentierten eine erste umfassende Analyse der Beziehung von Arbeitsmarktinstitutionen, Politik und Arbeitsmarktleistung in den Ländern Osteuropas und Zentralasiens. Diese Transformationsländer waren in den letzten beiden Jahrzehnten radikalen Veränderungen mit einer enormen Variation ökonomischer Schlüsselvariablen unterworfen. Die Untersuchung fokussiert auf vier zentrale Indikatoren der Arbeitsmarktleistung – Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosenrate, Langzeit- und

Jugendarbeitslosigkeit – die wiederum in Beziehung zu Kündigungsschutzregelungen, Umfang der Arbeitslosenhilfe, aktiver Arbeitsmarktpolitik, Besteuerung des Faktors Arbeit und Gewerkschaftsdichte gestellt werden. Unter anderem zeigt sich eine negative Wirkung stärkeren Kündigungsschutzes sowie ein positiver Effekt von aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die Arbeitsmarktleistung. Arbeitslosenunterstützung und gewerkschaftlicher Organisationsgrad sind ebenfalls mit der Arbeitsmarktleistung korreliert, haben aber nur eine geringere Auswirkung, während es keine Hinweise auf negative Effekte einer höheren Steuerlast auf die Arbeitsmarktleistung in Transformationsländern gibt.

Jeffrey Nugent (University of Southern California) stellte ein Verfahren vor, in dem Indizes der Arbeitsmarkttrigidität (LAMRIG) im Zeitverlauf für ausgewählte Staaten gebildet und Untersuchungen zur relativen Bedeutung der rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Entwicklungsstadium und zu politischen Faktoren angestellt werden. Um die Determinanten des Wandels in den LAMRIG-Indizes über die Zeit zu erklären, setzt das Konzept zahlreiche strukturelle und institutionelle Variablen ein, beinhaltet aber auch Variablen zu politischen und ökonomischen Krisen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der rechtliche Ursprung für die Ausprägung von Arbeitsmarkttrigiditäten weniger wichtig ist als Trägheitswirkungen, das Entwicklungsstadium des jeweiligen Landes und der Umfang von Reformen.

Katherine Terrell † (University of Michigan) analysierte die Evolution der Geschlechterlohnschere in der Ukraine und berechnete vor dem Hintergrund veränderter Mindestlohnbedingungen die relative Bedeutung von Veränderungen in der Zusammensetzung des Arbeitsmarktes und in den Er-

trägen produktiver Charakteristika. Von 1986 bis 1997 lag die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen in der Ukraine in etwa gleichbleibend bei rund 40 Prozent, stieg danach vier Jahre lang kontinuierlich an, um in den Jahren 2000 bis 2003 (Jahren robusten Wachstums des BIP) auf etwa 34 Prozent abzufallen. Damit lag sie 2003 dennoch beim Doppelten des Wertes in den weiter entwickelten EU-Ländern. Die Abnahme der Kluft am unteren Ende der Verteilung wird durch ein massives Nachgeben der Löhne von Männern erklärt, das durch



eine Verschlechterung ihrer Erträge bedingt wird. Der Anstieg des Mindestlohns von 1997-2003 betraf die Löhne von Frauen in höherem Maße als die von Männern und ist ein wichtiger Faktor für die Erklärung, warum die Löhne der Frauen nicht in demselben Maß wie diejenigen von Männern sanken.

Studien zum informellen Sektor und zu informeller Beschäftigung trugen darüber hinaus wesentlich zur Themenwoche bei. Beispielsweise liefert eine von *Prudence Kwenda* (University College Dublin) präsentierte Arbeit neue Hinweise auf die Lohnschere zwischen informellen und formellen Arbeitern in Südafrika, Brasilien und Mexiko. Mit Hilfe umfangreicher Datensätze, die eine länderübergreifend einheitliche Definition von Informalität erlauben, berechnet die Studie präzise Lohndifferenziale. Um unbeobachtete Heterogenität zu berücksichtigen, werden große Panels zur Fixed-Effect-Schätzung am Durchschnitt und an verschiedenen Punkten der Lohn-

verteilung verwendet. Offenbar erklärt die Heterogenität der Arbeiter bereits einen großen Teil der Lohnschere. Die verbleibenden Lohninbußen im informellen Sektor sind signifikant am unteren Ende der Verteilung, aber verschwinden beinahe am oberen. Interessanterweise ist dieses Muster in allen drei Ländern trotz bedeutender Arbeitsmarktunterschiede zu beobachten.

Individuelle Erhebungsdaten aus der Ukraine wurden von *Melanie Khamis* (IZA) dazu genutzt, Verbindungen zwischen individueller

Risikobereitschaft, Zeitpräferenzen und Arbeitsmarktstatus aufzuzeigen. Der ukrainische Datensatz enthält nach dem Vorbild des SOEP Fragen zur allgemeinen Risikobereitschaft sowie zum Investitionsverhalten und zur Zeitpräferenz. Hinsichtlich der Risikobereitschaft ergeben

sich für die Ukraine ähnliche Muster wie in den deutschen Stichproben. Eine erhöhte Risikobereitschaft führt zu einer größeren Wahrscheinlichkeit, freiwillig in informelle Beschäftigungsverhältnisse oder in formelle bzw. informelle Selbständigkeit einzutreten. Andererseits ergeben Zeitpräferenzen keine signifikanten Ergebnisse im Hinblick auf formelle oder informelle Beschäftigung.

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* vermittelte den Teilnehmern der IZA Topic Week aus erster Hand wertvolle Einsichten zu den im politischen Alltagsgeschäft lauernden Risiken und Hindernissen, die sich einer erfolgreichen wissenschaftlichen Beratung – in den entwickelten Ländern wie auch den Transformationsstaaten – potenziell in den Weg stellen. Er zog gemeinsam mit IZA-Programmdirektor Hartmut Lehmann ein sehr positives Fazit der Themenwoche, die einmal mehr das starke Engagement des IZA in der Analyse von Transformationsprozessen dokumentierte.

Neues Buch: Finanzmärkte nach dem Flächenbrand

Ein soeben erschienenenes Buch von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und *Dorothea Schäfer* (Forschungsdirektorin Finanzmärkte, DIW Berlin) zieht eine schonungslose Zwischenbilanz der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Die Autoren analysieren die Fehlentwicklungen im internationalen Bankensektor und zeigen Wege auf, wie sich Staat und Steuerzahler aus der Gei-

selhaft der Funktionsfähigkeit des globalen Finanzsystems befreien können. Um zu verhindern, dass nach dem kaum überwundenen Flächenbrand eine latente Dauerbrandgefahr bleibt, schlagen die Autoren eine fundamentale Reform der Landesbanken vor und entwickeln eine Agenda für eine krisenfeste neue Finanzmarktarchitektur.

Klaus F. Zimmermann
Dorothea Schäfer

Finanzmärkte nach dem Flächenbrand

Gabler Verlag, Wiesbaden 2010
240 Seiten

ISBN 978-3-8349-2032-4



IZA Research Fellow Katherine Terrell verstorben

Das IZA trauert um Research Fellow *Katherine Terrell* (University of Michigan), die am 29. Dezember 2009 unerwartet verstarb. Sie war eine herausragende Wissenschaftlerin, die vielen Kollegen und Nachwuchsforschern als Vorbild diente. In ihren zahlreichen Veröffentlichungen zu entwicklungs- und arbeitsökonomischen Fragen analysierte sie unter anderem die Auswirkungen von Politikmaßnahmen im Zuge der Globalisierung auf Löhne, Be-



Katherine Terrell †

schäftigung, Einkommensungleichheit und unternehmerischen Erfolg in Transformations- und Schwellenländern. Darüber hinaus war sie beratend für diverse internationale Organisationen wie OECD, EBRD und Weltbank tätig. Seit

mehr als zehn Jahren war Katherine Terrell als Research Fellow mit dem IZA-Netzwerk eng verbunden und hat die Forschungsaktivitäten des Instituts durch zahlreiche Forschungspapiere und Präsentationen auf IZA-Fachtagungen immens bereichert. Ihre Freunde und Kollegen werden sie auch als warmherzigen Menschen stets in Erinnerung behalten.

Neue Mitarbeiter unterstützen IZA-Forschungstätigkeit

Anne Gielen ist bereits seit Juli 2006 Mitglied des internationalen IZA-Netzwerks. Seit September 2009 verstärkt sie nun das Forscherteam am Bonner Sitz des Instituts als Research Associate. Zudem koordiniert sie das Seminar- und Gastwissenschaftlerprogramm. Anne Gielen wurde 2008 an der Universität Tilburg, Niederlande, in Wirtschaftswissenschaften promoviert und war vor ihrem Wechsel ans IZA als Post-Doc an der Universität Maastricht beschäftigt. Ihre Hauptforschungsinteressen sind Arbeitsmobilität, ökonomische Glücksforschung und Personalökonomie.



Anne Gielen



Anna Myunghee Kim

Anna Myunghee Kim wurde 2007 an der University of Oxford in Humangeographie promoviert. Ihre Forschungsinteressen reichen von Sozial- und Bevölkerungsgeographie über geschlechtsspezifische Fragen der sozialen Sicherung bis hin zur Entwicklungsökonomie. Gegenwärtig befasst sie sich mit der internationalen Arbeitsmigration sowie dem demographischen Wandel in Ostasien und den OECD-Staaten. Bevor sie im Oktober 2009 als Research Associate zum IZA kam, war sie als in gleicher Funktion an der School of Geography in Oxford tätig.

Nachwuchsförderung am IZA: Stipendiaten und Resident Research Affiliates

Das IZA weitet seine Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Gebiet der Arbeitsökonomie kontinuierlich aus. Ein fester Bestandteil dieser Aktivitäten ist bereits seit einigen Jahren das IZA-Stipendienprogramm, das ausgewählten Doktoranden die Möglichkeit bietet, die vielfältigen wissenschaftlichen Ressourcen des IZA und seines Netzwerkes zu nutzen. Im Herbst 2009 verzeichnete das IZA-Stipendienprogramm vier Neuzugänge:

Ruby Henry ist Doktorandin an der Toulouse School of Economics, wo sie ihr Studium der Quantitative Economics and Econometrics abschloss. Zuvor studierte sie Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University. Ihre Forschungsarbeiten umfassen die Diskriminierungsanfälligkeit von Migranten ebenso wie die intergenerationale Übertragung nicht kognitiver Fähigkeiten oder die Besonderheiten städtischer Wohnungsmärkte. Drei weitere Stipendiaten waren bereits als studentische Mitarbeiter für den IZA-Programmbereich „Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen“ tätig und promovieren derzeit an der Universität zu Köln. *Jens Hogenacker* studierte dort Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung mit den Schwerpunkten Finanzwissenschaft und Statistik und erlang-

te im September 2009 seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt. Sein Forschungsschwerpunkt ist die angewandte Mikroökonomie. *Nico Pestel* schloss sein Studium der Volkswirtschaftslehre und Politischen Wissenschaften ebenfalls im September



Nico Pestel, Jens Hogenacker, Sebastian Sieglösch



Martin Guzi, Ruby Henry, Annabelle Krause

2009 als Diplom-Volkswirt ab. Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich unter anderem auf die Analyse von Einkommensverteilungen. *Sebastian Sieglösch* absolvierte eine Ausbildung an der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft und studierte von 2004 bis 2009 Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften an der Universität zu Köln und an Sciences Po Paris. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen empirische Finanzwissenschaften und Ökonometrie.

Neben den Promotionsstipendiaten forschen zwei weitere Nachwuchswissenschaftler vorübergehend als Resident Research Affiliates am IZA. *Martin Guzi* studierte Mathematik an der slowakischen Comenius-Universität und Wirtschaftswissenschaften am Prager CERGE-EI. Seine Forschung konzentriert sich auf Fragen der Arbeitslosenunterstützung und Humankapitalverteilung. *Annabelle Krause* studierte Wirtschaftswissenschaften und Sozialpsychologie an der Ruhr-Universität Bochum sowie an der Universität Lausanne, wo sie im Juni 2009 den Abschluss M.Sc. in Economics erlangte. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem Fragen der ökonomischen Glücksforschung.



Langzeitarbeitslose brauchen durchdachte Betreuung

Das Bundesverfassungsgericht hat dem deutschen Gesetzgeber einen klaren Auftrag erteilt: Bis 2010 ist die im Rahmen der Arbeitsmarktreflexionen 2005 eingeführte Mischbetreuung der Langzeitarbeitslosen in gemeinsamer Trägerschaft durch die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsgemeinschaften) zu beenden, da diese Vermengung derzeit grundgesetzwidrig ist. Dabei könnten auch andere Mängel beseitigt werden: Die Hilfe für die Problemgruppen setzt zu spät an, und sie wird bundesweit in einem organisatorischen Wildwuchs neben den Arbeitsgemeinschaften auch durch Kommunen in Konkurrenz zur Agentur oder als Optionskommunen allein betrieben.

Statt die bisherige Regelung zu legalisieren, sehen die Pläne der Bundesregierung nun vor, an Stelle der Arbeitsgemeinschaften das Modell der getrennten Trägerschaft einzuführen. Damit würde ein „Betriebsunfall“ zum Regelfall gemacht, denn obgleich in derzeit 23 Kommunen das Nebeneinander von Sozialamt und Arbeitsagentur praktiziert wird, ist dieses Modell im Sozialgesetzbuch (SGB II) nicht vorgesehen. Der „dritte Weg“ – neben Optionskommune und Arbeitsgemeinschaft – ist vielmehr das Ergebnis einer nicht erfolgten Einigung zwischen den beteiligten Behörden auf eine Zusammenarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft.

Damit würde aber leichtfertig eine Chance vertan, eine substanzielle Verbesserung der Betreuung in Angriff zu nehmen. Denn obwohl der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren leicht rückläufig ist, weist Deutschland international auch weiterhin eine der höchsten Langzeitarbeitslosenquoten auf.

Aber was tun? Jetzt rächt sich, dass die organisatorische Struktur der Vermittlung der Langzeitarbeitslosen in den vergangenen Jahren entgegen der gesetzlichen Intention nicht zufriedenstellend wissen-

schaftlich evaluiert wurde. So wissen wir heute immer noch nicht zuverlässig, ob die Optionskommunen oder die Arbeitsgemeinschaften die Betreuung besser vornehmen. Im Ergebnis wurden zwar leichte Vorteile für die Arbeitsgemeinschaften ermittelt, jedoch ist dieses Resultat methodischen und konzeptionellen Zweifeln unterworfen.

Dabei ist klar: Bei potenziell von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten älteren, ungelerten oder ausländischen Menschen macht eine frühzeitige Betreuung bereits bei der Kündigung Sinn. Eine Institution sollte den gesamten Prozess der Arbeitslosigkeit von Anfang an begleiten. Insbesondere beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II stößt ein solcher Ansatz derzeit jedoch schnell an seine Grenzen, denn während für die Versicherungsleistung nach dem SGB III die Bundesagentur für Arbeit verantwortlich zeichnet, liegt für die steuerfinanzierte Sozialleistung die Zuständigkeit in Deutschland derzeit bei den etwa 350 eigenständigen Arbeitsgemeinschaften, den 69 Optionskommunen oder den 23 Nicht-Regelungen in getrennter Trägerschaft.

Das geplante Nebeneinander einer getrennten Trägerschaft ist als Rückschritt zu werten. Bereits realisierte Fortschritte werden zunichte gemacht. Zu befürchten sind die alten Nebenwirkungen: Hohe Organisationskosten, doppelte Verwaltungsapparate, Reibungsverluste sowie Konfusion und Verwirrung bei den betroffenen Langzeitarbeitslosen. Im Gegenteil: Die Betreuung von Langzeitarbeitslosen für die Vermittlung in Arbeit muss ab der Entstehung von Arbeitslosigkeit in eine Hand. Die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine eigenständige Organisation, die diese wichtige Aufgabe übernehmen kann, müssen geschaffen werden.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Güll GmbH, Lindau
Layout: IZA